VORWÄRTS

DIE EINHEIT

SOZIALISTISCHE GEWERKSCHAFTSZEITUNG

Nullnummer

Preis: 10 Schilling

FÜR SOZIALISTISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Es gibt eine neue Gewerkschaftszeitung! DIE EINHEIT. Die sozialistische Zeitung *VORWÄRTS* hat ein neues Kind - eine Gewerkschaftszeitung. Im Zuge der Diskussion über Sozialabbau, Belastungspaket und Zukunft der öffentlichen Sozialleistungen ist das Interesse an gewerkschaftlicher Arbeit gewachsen.

Thomas Kerschbaum; Personalvertreter in der Gemeinde Wien (MA 15/47)

Die Gewerkschaften treten in der öffentlichen Auseinandersetzung über Sozialabbau und Lohnpolitik immer stärker in Erscheinung. Die Angriffe der Regierung und der Unternehmer auf den Lebensstandard der Arbeitnehmer und ihrer Familien rufen Gegenwehr hervor. Über die Fraktionsgrenzen hinweg suchen linke GewerkschafterInnen die Zusammenarbeit gegen den Sozialabbau.

Selbst in der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter geht es rund: Kol. Nürnberger, Vorsitzender der FSG, trat aus dem Verhandlungsteam der SPÖ für das Regierungsprogramm der Koalitionsregierung aus, Kol. Sallmutter, Vorsitzender der GPA, attakkierte öffentlich den Kurs der SPÖ in Fragen Sparpaket und Arbeitnehmerpolitik. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, dominiert von der FSG, organisierte Unterschriftenlisten und Betriebsversammlungen in den Stadtwerken.

Damit diese Gewerkschaftszeitung auch ein Erfolg wird, sind wir auf Eure Hilfe angewiesen - wir brauchen Geld und Informationen über Neuigkeiten aus den Gewerkschaften. Schreibt uns über Erfahrungen und Probleme. Wir helfen gerne.

Trotzdem dürfen wir uns von den verbalen Protesten der Gewerkschaftsführung nicht irreführen lassen. Sie schließen Streik als Kampfmittel dezetiert aus und versuchen die Proteste und den Unmut der Gewerkschaftsbasis zu kanalisieren und zu bremsen. Vor allem manche "Betriebskaiser" wehren sich mit Zähnen und Klauen gegen kritische Stimmen. Aber mit halbherzigen Beschwerden läßt sich gegen Angriffe wie das "Sparpaket" nichts machen.

Wir wollen die Diskussion innerhalb der Gewerkschaften fördern und eine Vernetzung von aktiven GewerkschafterInnen vorantreiben. Gewerkschaftsarbeit ist politische Arbeit. Sozialistische Gewerkschaftspolitik umfaßt nicht nur die alltägliche Arbeit von GewerkschafterInnen und BetriebsrätIn-nen, sondern auch die Überwindung der grundsätzlichen Ausbeutung der arbeitenden Menschen im kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Gewerkschaften haben die Aufgabe, die unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer zu formulieren, umzusetzen und zu

verteidigen. Aber die politische Einstellung bestimmt, wie der gewerkschaftliche Kampf geführt wird. Diese Zeitung soll die Möglichkeit bieten, sich über aktuelle Themen und Geschichte der Gewerkschaften zu informieren. Wir sind auch Anlaufstelle für GewerkschafterInnen, die mit uns Aktionen durchführen oder mit uns sprechen wollen.

Inhalt:

Weg mit dem Belastungspaket S.2
Armut in Österreich S.4
Passive BR-Wahl S.6
Termine S.6
Dafür kämpft *VORWÄRTS* S.6
Sonderbeilage: "Der Klassenkampf" von Jack London

WEG MIT DEM BELASTUNGSPAKET

Das Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP zur Regierungspolitik, besser bekannt als "Sparpaket" bringt für Arbeitnehmer eine ganze Liste von Nachteilen und Kürzungen. Und obwohl niemand bezweifelt, daß die Staatsverschuldung ein Problem darstellt, muß man sich doch fragen, ob hinter dem Sparpaket tatsächlich nur der Vorsatz Sparen steckt. Denn gespart wird hauptsächlich bei jenen, die am unteren Ende bei den Einkommen stehen: bei Arbeitnehmern, Familien, Arbeitslosen, Pensionisten, Frauen, Schülern und Studenten. Die Reichen aber bleiben ungeschoren!

Sonja Grusch

Als Feindbild der Nation hat sich die Regierung die Beamten ausgesucht. Denn, so wird ja stets gesagt, die arbeiten "eh nix" und verdienen viel zu viel. Das das nicht stimmt, liegt auf der Hand. Aber die Beamten sollen für Einsparungen herhalten. Dabei wird der überwiegende Teil von "kleinen" Beamten (von Büroangestellten, Lehrern bis zu Krankenschwestern und Straßenbahnfahrern) mit den wenigen Großverdienern und Funktionären im Öffentlichen Dienst in einen Topf geworfen.

Bei den Beamten sollen niedrige ("konsolidierungskonforme") Gehaltsabschlüsse und das Aussetzen eines Biennalsprunges und der Besoldungsreform für A- und B-Beamten sowie die Reduktion der Ist-Stellen um 1%jährlich und Kürzung der Pensionen Einsparungen bringen.

Aber auch bei den Familien soll eingespart werden, und zwar bei

- Kinderbeihilfe,
- Kinderabsetzbetrag,
- Selbstbehalt bei Lehrmittel und Fahrtkosten.

Diese Maßnahmen treffen natürlich auch in erster Linie die Arbeitnehmer - diese haben Familien und Kinder und bei weitem nicht soviel Geld, daß sie die Einsparungen nicht spüren. Der 10%ige Selbstbehalt bei Schulbüchern und Freifahrt z.B. deckt nicht einmal die Verwaltungskosten ab - und kann daher nur ein erster Schritt für weitere Belastungen sein.

Impressum:
Offenlegung lt § 25 des Mediengesetzes:
Eigentümer, Herausgeber und f.d.I.v.:
Verein Vorwärts zur sozialistischen Demokratie
Vorstand:
Obfrau: S. Grusch/ Stv.: A.Koch
Schriftführer: A.Koch/ Stv.: J.Evers
Kassier: J.Evers/ Stv.: S.Grusch
Blattlinie: unabhängige sozialistische Information, v.a. im Gewerkschaftsbereich
Vereinsadresse: Stumperg 11/3+4 1060 Wien
Eigenverfielfältigung
Im 100%igen Besitz des Vereins Vorwärts zur sozialistischen Demokratie befindet sich weiters die sozialistische Zeitung Vorwärts

Besondere Angriffe gibt es auf Arbeitslose und Frühpensionisten. Haider und Konsorten sehen ja schon länger in jedem Arbeitslosen und Frühpensionisten einen Sozialschmarotzer. Und nun hat sich auch die Regierung dieser Logik angepaßt. Wenn eine 45jährige Hilfsarbeiterin keinen Job kriegt - klarer Fall von Sozialschmarotzer. Wenn ein 50jähriger Mauerer oder Angestellter keinen Job kriegt - klarer fall von Sozialschmarotzer. Wenn ein Saisonarbeiter außerhalb der Saison keinen Job kriegt - klarer Fall von Sozialschmarotzer. Daher sollen die Beiträge für das Arbeitslosengeld bei Saisonarbeitern erhöht werden, daher soll das "faktische an das gesetzliche Pensionsalter herangeführt werden". Im Klartekt heißt das - statt in die Frühpension gehen zu können, ist man dann ein älterer Langzeitarbeitsloser - und vielleicht wird bald das Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe weiter gekürzt. Denn die Streichung der Sonderunterstützung für ältere Arbeitslose ist bereits dezitierter Wunsch der Regierung!

Aber wir wollen ja nicht ungerecht sein, auch für die Reichen hat sich die Regierung etwas einfallen lassen: die steuerliche Absetzbarkeit von Repräsentationsspesen und Geschäftsessen soll limitert werden! Bravo - das ist sozial ausgewogen.

Vranitzky und Busek versuchen nun krampfhaft, uns alle davon zu überzeugen, daß dieses Sparpaket sozial ausgewogen ist. Die Unternehmerverbände wollen das Sparpaket bewerben, die ÖVP schlägt einen "Gesellschaftsvertrag" mit allen Parteien und Verbänden vor, damit sich alle mit den geplanten Belastungen identifizieren können. Wie nennen wir das: kindisch, naiv, verlogen?

Reden wir Klartext:

Die friedlichen Nachkriegszeiten, jene Zeit, in der Erfolge für die Arbeitnehmer wie einigermaßen soziale Sicherheit und gute Lohnabschlüsse durch reine Drohgebärden der Gewerkschaft erreichbar waren, sind endgültig vorbei. Die Vertreter von Industrie und Wirtschaft blasen zum Angriff auf unsere Rechte - und auf unseren Lebensstandard.

Sie fordern ständig "mäßige Lohnabschlüsse", während ihre Gewinne aus Unternehmungenen und Besitz (besonders Kapitalbesitz) sowie Spekulation steigen.

Sie fordern eine "Flexibilisierung der Arbeitszeit", was einzig und allein dafür dient, die Arbeitskraft besser ausnützen zu können, ohne mehr dafür zahlen zu müssen (da z.B. Überstundenzuschläge wegfallen würden).

Sie fordern ein Heraufsetzen des Pensionsalters, um über mehr Arbeitskräfte zu verfügen, aus denen sie auswählen können und mit denen sie das Lohnniveau am Arbeitsmarkt drücken können.

Sie fordern die Abschaffung von erkämpften Rechten, wie z.B. der Gehaltsfortzahlung im Krankenstand. Als Einstieg soll der erste Krankenstandstag nicht mehr bezahlt werden.

Sie fordern eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten, was in Folge zu längeren Arbeitszeiten und höheren Preisen führt.

Sie fordern die Herabsetzung der sogenannten Lohnnebenkosten - also der Beiträge zur Sozialversicherung, ohne aber gleichzeitig die Löhne erhöhen zu wollen - das käme einer Lohnkürzung gleich.

Diese Liste könnte beliebig weiter geführt werden. Aber sie zeigt eines klar: Regierung und Unternehmer ziehen am selben Strang, haben dieselben Ziele.

Dieses "Sparpaket" ist allerdings noch zusätzlich eingebettet in eine Situation, in der es bereits seit Jahren eine Umverteilung von Reichtum von "unten" nach "oben" gibt. Die Reichen werden immer reicher: durch Steuergeschenke (Abschaffung der Vermögenssteuer), Subventionen oder eben "Sparpakete".

Bereits jetzt leben mindestens 750.000 Menschen in Österreich in Armut (die illegal hier lebenden ausländischen KollegInnen nicht mitgezählt). Und viele tausend weitere sind durch das "Sparpaket", das für viele bis zu 14.000 Schillinge pro Jahr weniger bedeutet, von Armut bedroht. Es sind die 350.000, die netto 10.000 oder weniger verdienen, die diese Maßnhamen am härtesten treffen. Von der Streichung des erhöhten Karenzurlaubsgeldes sind 50.000 Mütter betroffen. Es ist mehr als zynisch, wenn Millionenverdiener solchen Alleinzerzieherinnen vorwerfen, Sozial-

schmarotzer zu sein, wenn sie statt 5.300 heute 8.000 Schilling beziehen.

Aber das Belastungspaket wird nicht widerstandslos hingenommen. Gleich nach seinem Bekanntwerden gab es Betriebsversammlungen in Wien bei den Gaswerken und den Verkehrsbetrieben. Aus ganz Österreich sind Briefe beim ÖGB eingetroffen, die die ÖGB-Führung dazu auffordern, etwas gegen das Regierungsprogramm zu machen. Es hat verschiedene Treffen von linken Gewerkschaftern gegeben, wo über das "Sparpaket" diskutiert wurde und Aktionen geplant worden sind. Gemeinsam mit anderen Initiativen haben wir die Unterschriftenliste "Guten Morgen ÖGB" gestartet. Der ÖGB soll dazu aufgefordert werden, aktiv gegen das Sparpaket vorzugehen. Denn bis jetzt ist außer verbalen Protesten und zwei kontrollierten Betriebsversammlungen nichts passiert. Es reicht nicht, wenn Gewerkschaftsfunktionäre über die Medien verkünden, daß sie mit dem "Sparpaket" nicht einverstanden sind. Aufgabe einer Gewerkschaft ist es, ihre Mitglieder umfassend zu informieren und zu mobilisieren. Einen Streik von vornherein auszuschließen, wie es ÖGB-Präsident Verzetnitsch getan hat, nimmt der Gewerkschaft ihr stärkstes Kampfmittel aus der Hand. Anstatt ihre Mitglieder zu beschwichtigen und von Protesten zurückzuhalten, ist es die Aufgabe der Gewerkschaftsführung, den Kampf gegen das Belastungspaket in allen Bereichen zu organisieren und Gegenkonzepte vorzulegen.

Die Unterschriftenliste "Guten Morgen ÖGB" ist ein Erfolg, weil viele Arbeitnehmer und GewerkschafterInnen wissen, daß einfach mehr möglich ist. Unter anderem wurde in folgenden Betrieben gesammelt: Verein Wiener Jugendzentren, Spitäler und Dienststellen der Gemeinde Wien, Bewährungshilfe, ÖHTP, Media Print, ÖMV und viele mehr. Unterstützt hat die Liste auch der Arbeiterbetriebsrat-Lagerbau in der ÖMV, viele Kollegen aus dem Gastgewerbe und zahlreiche Wiener SchülerInnen. Der Arbeiterbetriebsrat-Lagerbau der ÖMV hat an die Gewerkschaft der Chemiearbeiter einen Brief mit der Aufforderung zur Durchführung einer Betriebsrätekonferenz geschickt. Der Unmut an der Basis und in den Betrieben ist so stark, daß sogar die FSG (SPÖ-Fraktion) in vielen Publikationen ihren Widerstand gegen das Regierungsprogramm angekündigt hat.

Das Belastungspaket hat einen ganz wichtigen Effekt: das Eis ist gebrochen. Die Gewerkschaftsführung hat ihre ÖGB-Mitglieder jahrzehntelang ruhiggehalten und zur Passivität verurteilt. Aber nun regt sich Widerstand. In vielen Betrieben fragen die KollegInnen, warum nicht bei jenen gespart wird, die tatsächlich Geld haben, warum sich die Regierung das Geld nicht von den Reichen holt. Die SPÖ-Führung, die am "Sparpaket" maßgeblich beteiligt ist, kann darauf nichts antworten. Die Folge davon: bei den nächsten Wahlen weitere Stimmenverluste für die SPÖ und weitere Gewinne für die FPÖ. Die rechte Politik der Parteiführung spielt der Haider-FPÖ direkt in die Hände; aber auch die Führung des ÖGB hat nicht viel anzubieten: Einerseits selbst in der SPÖ-Führung und andererseits in ständiger Angst vor "radikalen" Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern. Anstatt diese für den Widerstand zu organiseren, wird der Unternehmer-Argumentation für "flexiblere Arbeitszeiten", "Gürtel enger schnallen", "wir sitzen alle im selben Boot"... Schritt für Schritt nachgegeben.

Aber das ist der falsche Weg, wie sich in den letzten Jahren am Sozialabbau deutlich gezeigt hat. Während die Arbeitslosigkeit gestiegen ist und immmer mehr Menschnen in Armut leben, erreichen die Unternehmergewinne Rekordhöhe. Wir müssen gemeinsam gegen diese Entwicklung auftreten, Widerstand mobilisieren und Protest organisieren. Mach mit, ruf uns an oder schreib uns:

Vorwärts/ Die Einheit
Postfach 2, 1082 Wien
Telefon: 0222-5970432

"Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen"

Übrigens: Wir haben es, das "Sparpaket". Gegen einen Unkostenbeitrag schicken wir es Dir gerne zu:
öS 15 für die "Anlage - Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes" (9 Seiten) und öS 85 für das gesamte "Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP" (83 Seiten) - natürlich inklusive Porto.

Dafür kämpft Vorwärts

- **Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!**
- **12.000 öS Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!**
- **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!**
- **30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!**
- **Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.**
- **Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!**
- **Kampf um jeden Arbeitsplatz und um soziale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung und ihrer Familien!**
- **Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!**
- **Kein Ausverkauf der Verstaatlichten! Schluß mit der Privatisierungspolitik!**
- **Nein zur Sozialpartnerschaft.**
- **Facharbeiterlohn für bezahlte Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!**
- **Für eine gewerkschaftliche Offensive gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit!**
- **Für eine starke, internationalistische und offensive Gewerkschaftsbewegung!**
- **Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!**
- **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!**
- **Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!**

ARMUT IN ÖSTERREICH

Die Welt scheint Kopf zu stehen. Sozialberichte des Sozialministeriums und Studien der Arbeiterkammer kommen immer wieder zum gleichen Ergebnis. In Österreich steigt die Armut. Und trotzdem: Das Belastungspaket soll nach dem Willen der SPÖ-ÖVP Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Vranitzky ohne Wenn und Aber durchgepeitscht werden. Armut hat viele Facetten: Arbeits- und Obdachlosigkeit, Abhängigkeit von der geringen Sozialhilfe, Alleinerzieher, kinderreiche Familien, behinderte Menschen, Studenten, Pensionisten, kranke und arbeitsunfähige Menschen...

Thomas Kershbaum
Personalvertreter in der
Gemeinde Wien (MA 15/47)

In einem Artikel der Wochenzeitschrift profil (Nr. 1, 2.1.1995, 26.Jg., Seite 18) wird aus einer Studie des Sozialministeriums zitiert (Hans Steiner, Walter Wolf, Armutsgefährdung in Österreich, Mai 1994). Diese Studie wurde erst ein halbes Jahr später, freigegeben. Das wenig überraschende Ergebnis: Die Armut in Österreich steigt. „Insgesamt 950.000 Österreicher, so stellten Steiner und Wolf fest, leben in Haushalten, in denen pro Kopf maximal 4800 Schilling monatlich zur Verfügung stehen. Eine dreiköpfige Familie, die mit weniger als 14.400 Schilling auskommen muß, wird damit als 'arm' oder 'armutsgefährdet' eingestuft." (profil 1/95).

„Eine offizielle Schwelle, unter der jemand anerkannt in Armut lebt, gibt es zwar nicht. Je nach Rechenmethodik werden von den Sozialexperten aber zwischen 750.000 und 1,5 Millionen Österreicher dieser Gruppe zugerechnet." (profil 1/95).

Österreich ist eines der reichsten Länder und trotzdem gibt es Armut. Warum? Die Verteilung des Reichtums ist extrem unterschiedlich. Aber nicht nur des Geldes, sondern auch der Besitz von Kapital, von Grund und Boden, von Immobilien usw. Und diese Verteilung kommt nicht von ungefähr - es sind die Eigentumsverhältnisse einer Gesellschaft, die soziale Ungerechtigkeit sowie Reichtum und Armut hervorrufen. Es gibt zwar auch große Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern, aber lassen wir uns nicht täuschen. Der große Reichtum liegt in den Händen der Kapitalbesitzer, der privaten Unternehmer und Konzerne, der großen Land- und Hausbesitzer, der Spekulanten an der Börse...

Die Lebenshaltungskosten sind viel stärker als die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer, geschweige denn die Pensionen, gestiegen. Die Wohnungsmieten und die Kaufpreise für Eigentumswohnungen sind fast unerschwinglich. Die Tarife und Gebühren der öffentlichen Hand sind genauso wie die Kosten für Dienstleistungen und Konsumgüter angestiegen.

Wer sind die ärmsten der österreichischen Bevölkerung? *„470.000 Österreicher, so liest Arbeiterkammer-Experte Karl Wörister aus den neuen Daten, leben in einem Hilfsarbeiter-Haushalt. Ihr Verarmungsrisiko ist enorm. 310.000 Menschen in allen Arbeiterhaushalten leben bereits unter der Armutsgrenze. Ohne abgeschlossene Berufsausbildung wächst die Gefahr des unaufhaltsamen ökonomischen Abstiegs zusätzlich."* (profil 1/95)

Einige Zahlen aus erwähnter Studie:

Jeder 2. Unselbständige (Arbeitnehmer) verdient weniger als öS 18.101 brutto.

Jede 2. Arbeiterin muß mit weniger als 12.409 Schilling auskommen.

Jeder 12. Lohnempfänger bezieht mehr als 33.600 Schilling im Monat.

Jeder 5. Berufstätige war im Vorjahr irgendwann arbeitslos.

Jeder 4. Arbeitslose ist länger als ein halbes Jahr arbeitslos.

Jeder 7. Arbeitslose ist über 50 Jahre alt und somit schwer an neue Arbeitgeber vermittelbar.

Bei Alleinverdiener sind 46% aller Paare mit drei Kindern und 28% mit zwei Kindern arm.

Bei Doppelverdienern sind noch 20% aller Paare mit drei Kindern arm.

Das durchschnittliche Arbeitslosengeld für Männer beträgt nur 9.577 Schilling, das für Frauen nur 7.301 Schilling pro Monat.

Die durchschnittliche Notstandshilfe für Männer beträgt nur 7.720 Schilling, die für Frauen nur 5.392 Schilling pro Monat.

Die Unternehmer schüren den Verdrängungswettbewerb unter den Arbeitnehmern. Außerdem benützen die Unternehmer die steigende Arbeitslosigkeit, um die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Regierungspolitik ergänzt und arbeitet Hand in Hand mit den Kapitalisten: Die Arbeitslosenunterstützung und die Sozialleistungen werden gekürzt, Pensionen steigen nur mäßig, aber immer unter der Inflationsrate. Die Zugangsbestimmung für die Sozialhilfe werden verschärft. Arbeitslose Studenten bekommen kein Arbeitslosengeld mehr usw.

In solchen Studien erscheinen Menschen als Prozentzahl, aber die persönliche Not kann schnell kommen: durch einen Arbeitsunfall, durch Scheidung, durch Arbeitslosigkeit. Es gibt viele Ursachen. Noch dazu steigt der Schuldenberg der privaten Haushalte, die sich die alltäglichen Konsumgüter wie Fernseher oder Videorecorder oder die neue Wohnung nur durch Aufnahme hoher Kredite leisten können.

Nicht nur Haider, sondern auch Sozialminister Hesoun und BWK-Chef Maderthaner sehen hinter jeden Arbeitslosen einen Sozialschmarotzer. Vielleicht sieht so mancher, der noch einen halbwegs sicheren Job mit guten Gehalt hat, es genauso - manche Vorurteile halten sich lange. Aber wer sich selbst in einer solchen Situation befindet, wird dies wohl anders sehen. Die einzelnen Arbeitnehmer bezahlen für die Fehler des Wirtschaftssystems, des Kapitalismus. Aber welche Lösungen bieten uns Regierung und Kapitalisten an?

1. Andere Arbeitnehmer sind schuld, am besten Ausländer. Einfache Schlußfolgerung: Da zu viele Ausländer in Österreich sind, geht es den Österreichern schlecht. Da zu viele Ausländer in Österreich arbeiten, ist die Arbeitslosigkeit so hoch. Da zu viele Ausländer in österreichischen Wohnungen wohnen, sind die Mieten so hoch und die Wohnungen knapp. Doch leider werden die ArbeitsimmigrantInnen noch stärker als ihre inländischen KollegInnen ausgebeutet, sie zahlen überhöhte Mieten, wohnen in überfüllten Wohnungen, haben keine rechtliche Sicherheit, können jederzeit bei Arbeitsplatzverlust abgeschoben werden, verdienen viel weniger als Österreicher und arbeiten unter extrem schlechten Bedingungen usw. Die ausländischen ArbeiterInnen sind nicht Verursacher der Armut, sondern Opfer des Kapitalismus.

2. Der Wirtschaft (sprich den Unternehmer und den Börsenspekulanten) muß es gut gehen, damit für die Arbeitnehmer auch etwas abfällt. Deshalb müssen wir die Gürtel enger schnallen. Deshalb sind notwendig: Gehaltserhöhungen unter der Inflationsrate, Erhöhung der Arbeitnehmer-

DIE EINHEIT

beiträge zur Sozialversicherung, Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, Aufhebung der Ladenschlußzeiten, Abbau der Sozialleistungen, Kürzung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, Erhöhung der Tarife für öffentliche Verkehrsmittel, Selbstbehalt bei Schulbüchern und Schülerfreifahrt... Die Liste kann wohl beliebig fortgesetzt werden.

Auch die Unternehmer und die Reichen müssen ihren Beitrag „leisten": Der Höchststeuersatz wird auf 50% reduziert. In Wirklichkeit fällt dieser aber unter 40%. Einige Millionen Steuerschulden haben sich bei den Kapitalisten angesammelt - diese werden vom Staat aber natürlich nicht einkassiert. Die Vermögenssteuer wurde abgeschafft. In Wirklichkeit ist die offizielle Steuerprogression gar nicht mehr vorhanden, denn zusätzlich zu den legalen und illegalen Methoden der Steuerhinterziehung kommt noch der Transfer von Steuermitteln. Die Unternehmer kassieren Subventionen, bekommen Unterstützung der öffentlichen Hand über die Bereitstellung von Infrastruktur usw. Auch von den staatlichen Sozialleistungen profitieren die Leuten mit hohen Einkommen überproportional viel - sie haben die Möglichkeit für bessere Bildung, für berufliche und private Beziehungen usw.

Die Kursgewinne an der Börse sind häufig steuerfrei. In einer im Oktober 1994 veröffentlichten Untersuchung des internationalen Analyseunternehmens Associés en Finance wird festgestellt: Der durchschnittliche Gewinn je Aktie dürfte in Österreich um 32 Prozent gestiegen sein. Heuer soll es eine Gewinnsteigerung von voraussichtlich 17,6 Prozent geben. Die 22prozentige Kapitalertragssteuer von der Dividende gilt als Endbesteuerung. So scheinen dieses Einkünfte aus Kapitalvermögen in der Steuererklärung völlig legal einfach nicht auf.

Die Privatisierung von Eigentum öffentlicher Körperschaften wird munter weiter betrieben, auf der Liste stehen: Post, Austria Tabakwerke, ÖMV, die Reste der Verstaatlichten Industrie, Banken, Bundesforste, ÖBB... Ob über direkten Verkauf, durch Abgabe von Aktien, durch Joint ventures mit privaten Unternehmen und Konzernen, alles zum Wohle der Privatwirtschaft. Damit die Reichen reicher werden.

Die Zeitschrift trend veröffentlichte in der Ausgabe vom Oktober 1994 eine Titelgeschichte mit der Überschrift *„Warum die Reichen immer reicher werden"*. Einige Zahlen und Zitate aus diesem Artikel:

„Nur ein Prozent der Unternehmer besitzt 60 Prozent des gesamten Betriebsvermögens. Die reichsten zehn Prozent kontrollieren 80 Prozent davon. Fast zwei Drittel des gesamten österreichischen Vermögens stecken in den Betrieben. Nur ein Prozent der Grundbesitzer hält ein Drittel aller Flächen. Die obersten zehn Prozent besitzen rund die Hälfte des gesamten Landes. Einer hauchdünnen Schicht der Vermögenden (ein Prozent) gehören 25 Prozent des gesamten Reichtums des Landes. Die reichsten zehn Prozent verfügen über 60 Prozent allen Vermögens. Rund ein Drittel der österreichischen Bevölkerung ist hingegen praktisch besitzlos (ausgenommen Hausrat und Autos) oder verschuldet."

„Aus der Vermögenssteuerstatistik, die die Wirklichkeit nur andeutungsweise widerspiegelt, ist ersichtlich, daß allein im Zeitraum von 1977 bis 1986 die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung ihren Anteil am Gesamtvermögen von 56 auf 64 Prozent erhöhten."

„Der Wohlstand ist je nach Einkommensart in höchst unterschiedlichem Tempo gewachsen. Seit 1970 konnten Arbeiter und Angestellte ihr Salär versechsfachen. Ärzte, Rechtsanwälte und andere Freiberufler erhöhten ihr Einkommen um das Siebenfache. Die Besitzeinkommen hingegen explodierten im selben Zeitraum auf das Siebzehnfache. Dies ist vor allem auf ein extremes Anwachsen des Finanzvermögens in den frühen achtziger Jahre zurückzuführen."

An den Schluß des Artikels stellt der Trend folgende Passage:

„Tatsächlich meint es die Republik zur Zeit besonders gut mit ihren Reichen. Das große Kapital, das scheu und mobil wie ein Reh ist, wird nicht zuletzt auch steuerlich höchst pfleglich behandelt. Die Vermögenssteuer, die etwa in den USA 11,2 Prozent und in Großbritannien 8,2 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmacht, wurde in Österreich abgeschafft. Die Gewinnsteuer ist nach Island die zweitniedrigste im gesamten OECD-Raum, und das neue Stiftungsrecht bietet den ganz großen Vermögen eine erbschaftssteuerfreie Oase."

Also machen wir den Versuch einer Schlußfolgerung. Diese Lösungen taugen nichts. Wir müssen die Lage im Interesse aller Arbeitnehmer zum Besseren verändern. Wie? Die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie das Einkommen der Arbeitnehmer hängen vor allem von der Politik und Aktivität der Gewerkschaften ab. Natürlich hat sich der Lebensstandard des Großteils der österreichischen Arbeitnehmer nach Ende des 2. Weltkrieges im Laufe des langen Wirtschaftsaufschwunges in den 60er und 70er Jahren erhöht. Aber jetzt, in Zeiten der Wirtschaftskrisen und der schwachen Aufschwünge, die nichts am Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Armut ändern, greifen die Kapitalisten und die Regierungen der bürgerlichen Staaten den Lebensstandard der Arbeitnehmer an. Abgesehen davon sind die Gewinne aus Besitz und Unternehmungen um ein Vielfaches höher angestiegen als die Einkommen unselbständiger Arbeit.

Wenn wir die Logik des Kapitalismus akzeptieren, genau das tut die Führung von SPÖ und ÖGB, dann werden die Gewerkschaften einlenken und „faule" Kompromisse hinter verschlossenen Türen akzeptieren - auf Kosten der Arbeiterschaft. Die ÖGB- und SPÖ-Führung hat den Kapitalismus vollkommen akzeptiert und strebt keine Veränderung des Systems an, sie sind vielmehr „Verwalter" des Kapitalismus. Im Kampf um jede Sozialleistung zum Beispiel für alleinerziehende Mütter oder für Arbeitslose zeigen sich aber die Fehler im System und die Heuchelei der Unternehmer und der Regierung.

In den Schubladen der Arbeiterkammern und des Sozialministeriums liegen haufenweise Studien über die sozialen Probleme der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Die extrem ungleiche Verteilung von Reichtum ist bekannt. Warum tun die SPÖ und die Gewerkschaften nichts dagegen? Auch wenn dieses Wort oft mit Vorurteilen behaftet ist, das ist Klassenkampf. Hier stoßen handfeste soziale Interessen von Arbeiterschaft und Kapitalisten aufeinander. Hier entscheiden Kampfkraft, politischer Wille und konsequenter Kampf, ob die Interessen der Arbeiterschaft durchgesetzt werden.

WISSEN IST MACHT

Risse im Netz - Verwaltete Armut in Österreich, Karl S.Althaler, Sabine Stadler (Hg.), Verlag für Gesellschaftskritik, 1988, Aufrisse-Buch 9, ISBN 3-900351-88-0

Leben und Geld - Diskussion um soziale Mindeststandards, Karl S.Althaler, Sabine Stadler (Hg.), Verlag für Gesellschaftskritik, 1990, Aufrisse-Buch 14, ISBN 3-85115-120-8

Sozialstaat Österreich - Bei Bedarf geschlossen, Ernst/ Federspiel/ Langbein, trend-profil-Buch, Orac-Verlag, 1987, ISBN 3-7015-0102-5

Wem gehört Österreichs Wirtschaft wirklich?, AK-Studie, Orac-Verlag, 1991, ISBN 3-7015-0256-0

Der Gewerkschafts Stammtisch

Wir sind eine Gruppe von GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen oder an Gewerkschaftsarbeit interessierte Menschen. Wir sprechen über aktuelle Fragen der Gewerkschaftsbewegung, über Probleme der Betriebsarbeit, über den ÖGB und die Arbeiterkammer, über... Wir wollen ein Netz von engagierten GewerkschafterInnen aufbauen. Wir wollen uns einmischen und Aktivitäten planen, sei es bei der „Plattform für das passive BR-Wahlrecht für ImmigrantInnen" oder bei den Aktionen gegen das Belastungspaket der Regierung. Voraussetzung für unsere Aktivitäten ist Information. Und diese Information wollen wir uns beschaffen und anderen anbieten.

Wir treffen uns regelmäßig.

Am 18.1.1995 um 19 Uhr: ÖBB - neues Dienstrecht und Sparpaket im Café G'schamster Diener, Stumpergasse 19, 1060 Wien

Willst Du eine Einladung zum nächsten Treffen bekommen? Willst Du Dich aktiv in der Gewerkschaftsbewegung engagieren? Bist Du interessiert an Kontakten mit linken Gewerkschaftern und interessanten Diskussionen?

Schreib uns oder ruf einfach an:
Michael Gehmacher, c/o VORWÄRTS, Postfach 2, 1082 Wien.
Die Telefonnummer: 0222 - 59 70 432.

Her mit der Demokratie

Für passives Betriebsratswahlrecht für ausländische KollegInnen

Österreich ist eines der letzten europäischen Länder, in denen es noch immer kein passives Betriebsratswahlrecht für „Ausländer" gibt. Das AusländerInnenwahlrecht auf Betriebsratsebene ist zwar Beschluß vieler Organisationen, so auch des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (seit dem Bundeskongreß 1991), es wurde aber bis heute nicht durchgesetzt.

Die Aktivisten von *VORWÄRTS* haben sich an der Gründung einer Initiative zur Erkämpfung des passiven Betriebsratswahlrechtes für ImmigrantInnen beteiligt, unter anderem Andrea Koch, Betriebsrätin in der ÖMV und Thomas Kerschbaum, Personalvertreter in der Gemeinde Wien. Viele weitere BetriebsrätInnen unterstützen mittlerweile die Plattform.

Diese überparteiliche Plattform soll vor allem Betriebsräte, Personalvertreter und Gewerkschafter ansprechen. Es bedarf einer Initiative von „unten", damit die bestehenden Beschlüsse von AK und ÖGB Realität werden. Es gibt zwar jede Menge Beschlüsse zu diesem Thema, in verschiedenen Gewerkschaften und in der Arbeiterkammer. Zuletzt hat der GPA - Gewerkschaftstag 1994 einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Die GPA verpflichtet sich, nicht nur für die Einführung des passiven Betriebsratswahlrechtes einzutreten, sondern auch eine offensive Kampagne innerhalb der Gewerkschaft für diese Forderung durchzuführen. Daß die Stärke der Gewerkschaft in der Einheit der Arbeiterschaft liegt, ist eine Binsenweisheit, die auch die ÖGB-Spitzenfunktionäre bei jedem offiziellen Anlaß heruntersagen. Aber konkrete Schritte zu setzen, um die Voraussetzung für die Einheit in der Gewerkschaft zu schaffen, scheint zu schwer zu sein für den ÖGB-Apparat. Jedes kleinste demokratische Recht für ausländische KollegInnen in der Gewerkschaft und im Betrieb wiegt tausendmal schwerer als schwülstige Reden der Spitzenfunktionäre. Wir brauchen Druck von unten, von Betriebsräten und Personalvertretern. Neben vielen Personen haben folgende Organisationen diese Plattform unterstützt (Unterlagen gibt es über die Kontaktadresse): Antifaschistisches Komitee Österreich, Ast, Ausländerreferat der HS für Angewandte Kunst, Betriebsrat der AK-Wien, Betriebsvollversammlung des Verbandes Wr. Volksbildung, FEYKOM, GE, GLB, Initiative „Der Mensch zuerst", Jugoslawischer Dachverband, KIV-Wien, Liste Gemeinsam für die AK-Vorarlberg, Rkl, *VORWÄRTS*.

Jede/r Personalvertreter/in, Jede/r Betriebsrat/ Betriebsrätin und jede/r Funktionär/in ist aufgerufen, diese Plattform zu unterstützen!

Kontaktadresse: Thomas Kerschbaum, c/o Konsequente Interessensvertretung, Odeongasse 1, 1020 Wien, Kennwort: Betriebsratswahlrecht

Gerade Jetzt: *VORWÄRTS* - die sozialistische Zeitung!

Einfach abonnieren - an *VORWÄRTS* schreiben:
VORWÄRTS, Postfach 2, 1082 Wien
Einfach Geld überweisen (öS 100.-für 10 Nummern):
Das *VORWÄRTS*-Abo-Konto - PSK 8812.733

Im *VORWÄRTS*-Shop zu haben (inkl. Porto):
das *VORWÄRTS*-Programm (35.-)
Broschüren zu Mexiko (25.-), 100 Jahre SJ (40.-), Sparpaket (10 Stück: 30.-)
"Gegen Nazis" T-Shirts (120.-) und Buttons (15.-)

DIE EINHEIT!

Eine neue Gewerkschaftszeitung.
Spendet! Wir brauchen EURE Unterstützung!
Unser Spendenkonto: PSK 8812.733!
Abonniert DIE EINHEIT!
10 Ausgaben Einheit und jede Menge Infos für 100 Schilling!
Einfach auf unser Abo-Konto überweisen: PSK 8812.733!

***VORWÄRTS* und DIE EINHEIT gemeinsam öS 150.- für 1 Jahr**

Wir freuen uns über jede Spende!

Spenden garantieren die Erscheinung von Vorwärts und **DIE EINHEIT!**
Mit Euren Spenden organisieren wir den Widerstand gegen den Sozialabbau!

Das *VORWÄRTS*-Spendenkonto: PSK 8812.733!